

## Österreicher verdienen **FAIRNESS**



© TAFfotografie/Tino A. Fraccaroli

Seite 20-21

### Haimbuchner:

**"Es bleibt alles  
beim Alten!"**

Seite 3-4

### Mindestsicherung:

**Maßnahmen  
nötig**

Seite 7

### Strache:

**Leistung muss  
sich lohnen**

Seite 14-15

### Sicherheit:

**Kriminalität  
bekämpfen**

Seite 19

# SPÖ und ÖVP haben seit 1945 das Land unter sich aufgeteilt

Wolfgang Klinger, Bezirksparteiobmann der FPÖ-Grieskirchen und Eferding und seit 2003 Bürgermeister in seiner Heimatgemeinde Gaspoltshofen, ist der Spitzenkandidat der FPÖ Oberösterreich für die Nationalratswahl. Klinger führt seit Jahren die Freiheitliche Wirtschaft als Landesobmann an, von 2003 bis 2016 war der 58-jährige Landtagsabgeordneter, seit 2016 sitzt er im Nationalrat.

**Was sagen Sie zur Zwangsmitgliedschaft in der Wirtschafts- bzw. Arbeiterkammer?**

**Klinger:** SPÖ und ÖVP haben das Land seit 1945 unter sich aufgeteilt, die ÖVP als Arbeitgebervertretung, die SPÖ als Arbeitnehmervertretung. Ja, die Zwangsmitgliedschaft der Kammern ist zu hinterfragen. Mit vereinten Kräften haben SPÖ und ÖVP die Zwangsmitgliedschaft im Jahr 2008 in den Verfassungsrang gehoben. Vor allem die Industrie finanziert die Wirtschaftskammern überproportional. Auf der einen Seite haben wir bei den Kammern eine niedrige Wahlbeteiligung von einem Drittel. Auf der anderen Seite nach wie vor einen Moloch an Bonzentum und Direktorium. Wir brauchen dringend eine schlanke, serviceorientierte Kammer.

**Schwächt das nicht die Vertretung, wenn es weniger Mitglieder und somit weniger Geld und Service gibt?**

**Klinger:** Ich sehe noch einen großen Spielraum, die Effizienz zu steigern und das Service zu verbessern.

Die Beiträge an Wirtschafts- und Arbeiterkammer werden zum Großteil durch eine lohnabhängige Berechnung finanziert. Die Arbeitnehmervertreter sind mit 0,5 % und die Wirtschaftsvertreter mit bis zu 0,44 % an den Lohnnebenkosten beteiligt. Das sind beinahe jene Summen, die lohnabhängig in Österreich für die Wohnbauförderung verwendet werden. Kammern sollen sich wieder in den Wettbewerb stellen. Der Verfassungsrang muss weg und die Mitgliedschaft muss freiwillig sein. Sind es moderne und serviceorientierte Interessensvertretungen, dann sind die Menschen auch gerne Mitglied.

## ■ Unsere Heimat erhalten

**Die FPÖ ist die soziale Heimatpartei – was bedeutet das für Sie?**

**Klinger:** Ich verbringe auch meine Urlaube in Österreich und will das Land an meine Kinder und die folgenden Generationen so weitergeben, wie ich es in der Vergangenheit vorgefunden habe. Österreich soll den Österreichern gehören und mit der zu hohen Migration verlieren wir mit falsch

verstandener Toleranz unsere Heimat, unsere Werte und unsere Traditionen und akzeptieren, dass jene, die zu uns kommen, sich nicht an unsere Gesetze halten. In Wien sind bereits 55 % der Geburten von Zuwanderern. In der Stadt Wels haben in den Neuen Mittelschulen 95 % der Schüler einen Migrationshintergrund. Und ein Drittel der Muslime ist bereit, die Scharia über die Staatsgrundgesetze zu stellen. Durch die Hintertür wird eine muslimische Gesellschaft installiert. Daher ist es mir wichtig, dass unsere Heimat erhalten wird.

**Wie wollen Sie die Familien in unserem Land stärken?**

**Klinger:** Vielen Familien reicht nicht mehr ein Einkommen zum Auskommen aus. Ein Grund dafür ist die familienfeindliche Besteuerung. Ein Alleinverdiener mit drei Kindern zum Beispiel mit einem Jahresbruttogehalt von 42.000 Euro muss rund 31 % davon an Steuern an den Staat zahlen. Und bekommt als Alleinverdiener im Jahr 889 Euro durch den Alleinverdienerabsetzbetrag. Daher müssen endlich die Familien entlastet werden, indem mitversorgte Personen steuerlich anerkannt werden. Wer 3.000 Euro brutto hat, dem bleiben derzeit gerade mal 2.088 Euro im Monat. Gibt es ein Familien-Steuer-splitting, so wäre in dem Beispielsfall keine Lohnsteuer fällig. Die Familie hätte somit rund 4.600 Euro mehr an Netto-Einkommen im Jahr.

## ■ Steuern senken

**Belastet werden die Österreicher auch noch durch die kalte Progression?**

**Klinger:** Auch wenn SPÖ und ÖVP beteuern, die kalte Progression abzuschaf-



Ing. Wolfgang Klinger ist Spitzenkandidat für die Nationalratswahl und Wahlkreisspitzenkandidat im Hausruckviertel



fen, so ist es eine versteckte Steuererhöhung, die sich mit steigender Inflation verschärft.

Die Menschen haben einen Reallohnverlust, der dem Wirtschaftsstandort und der Kaufkraft extrem schadet. Bei jeder Kollektivvertrags-Erhöhung ist der Finanzminister der größte Gewinner. Allein bis 2019 darf er sich über Mehreinnahmen von fast 1,8 Mrd. Euro freuen

– addiert man die Belastung für 2017, 2018 und 2019.

In der Schweiz zum Beispiel passen sich die meisten Steuersätze und Absetzbeträge jedes Jahr automatisch an die Inflation an.

Um diese versteckten Steuererhöhungen zu beenden, brauchen wir ein faires System der Anpassungen der Steuerstufen.

**Als Bürgermeister sind Sie ja direkt gewählt – wie nutzen Sie diese Erfahrungen?**

**Klinger:** Ich bringe nicht nur meine Erfahrung, Wissen und Know-how als Unternehmer und Gastronom in der politischen Arbeit ein. Als direkt gewählter Bürgermeister weiß ich, welche Sorgen und Ängste die Menschen haben. Und es ist gut, auch im Nationalrat die Sichtweise aus einer Gemeinde einzubringen.

## Die ersten zehn Kandidaten der Landesliste:



**1. Bgm. Ing. KommR. Wolfgang Klinger,** 1959, Transportunternehmer/ Gastwirt, Gaspoltshofen



**6. NAbg. GR Hermann Brückl,** 1968, Diplomrechtspfleger, Andorf



**2. NAbg. GR Anneliese Kitzmüller,** 1959, Hausfrau, Kirchschlag bei Linz



**7. NAbg. Mag. Philipp Schrangl,** 1985, Notariatskandidat, Linz



**3. NAbg. Dipl.-Ing. GR Gerhard Deimek,** 1963, Selbstständig, Pfarrkirchen bei Bad Hall



**8. Vzbgm. Thomas Dim,** 1964, kfm. Angestellter, Ried im Innkreis



**4. NAbg. Mag. GR Roman Haider,** 1967, Unternehmensberater, Aschach an der Donau



**9. GV Mag. pharm. Gerhard Kaniak,** 1979, Apotheker, Schörfling



**5. LAbg. MR Prim. Dr. Brigitte Povysil,** 1954, Radiologin, Linz



**10. GR Sandra Wohlschlager,** 1976, Angestellte, Wels

## Nationalratswahl:

# „Es bleibt alles beim Alten“

FP-Landesparteiobmann, LH-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner ist davon überzeugt, dass die SPÖ alles daran setzen wird, um in der Regierung zu bleiben. Haimbuchner geht davon aus, „dass nach der Wahl alles beim Alten bleiben wird. Nur die Konstellation wird sich von Rot-Schwarz auf Schwarz-Rot umdrehen.“

**Warum sind Sie skeptisch, dass sich etwas ändern wird nach der Wahl?**

**Haimbuchner:** Plötzlich gibt es in vielen Themenbereichen eine Kursänderung von SPÖ und ÖVP. Viele der nun von den beiden Altparteien aufgestellten Forderungen hätten sie längst umsetzen können. Und beide Kandidaten, ÖVP-Obmann Sebastian Kurz und sein rotes Gegenüber Christian Kern stehen unter einem enormen Druck. Kurz muss für seine Partei die Kanzlerschaft erreichen. Und Christian Kern wird nach dem 15. Oktober nicht nur als Kanzler, sondern auch als SPÖ-Vorsitzender Geschichte sein. Die SPÖ wird alles daran setzen, um weiterhin in der Regierung zu sein, da geht es den Genossen um den Erhalt des Machtapparates. Und Kern könnte durchaus noch vor dem Wiener Bürgermeister Häupl Geschichte sein, der sich ja im Jänner zurück zieht.

**SPÖ und ÖVP haben vor allem gestritten – das ist zumindest das Bild in der Öffentlichkeit. Welche der beiden Parteien würde bei einer FPÖ-Beteiligung für Sie in Frage kommen?**

**Haimbuchner:** In Oberösterreich funktioniert die Zusammenarbeit zwischen uns Freiheitlichen und der ÖVP gut. Das könnte durchaus ein Vorbild für die Bundespolitik sein. Ich bin ein Freund einer bürgerlichen Zusammenarbeit. Zur Zusammenarbeit gehört aber das persönliche Vertrauen und die gegenseitige Wertschätzung und da gab es von der Bundes-ÖVP schon einige

Dinge, die wahrlich keine Glanzleistung waren, wie etwa die Bestellung der neuen Rechnungshof-Präsidentin. Die SPÖ ist derzeit keine Option, wenn der Beschluss über die Ausgrenzung uns Freiheitlichen gegenüber nicht aufgehoben wird. Generell glaube ich jedoch, dass die FPÖ mit der ÖVP vor allem gesellschaftspolitische Themen besser umsetzen könnte.

**Auffallend ist, dass Sebastian Kurz vor allem mit FPÖ-Themen punktet. Geht das zu Lasten der FPÖ?**

**Haimbuchner:** Man muss immer daran erinnern, dass Kurz das längst dienende Mitglied in der Regierung ist. Somit hat er den Schlamm in Österreich mitzuverantworten. Offenbar hat er dazu gelernt, wenn er nunmehr Positionen von der FPÖ übernimmt. Es ist ja etwas Positives, wenn eine Politik rechts der

Mitte bei der Bevölkerung Anklang findet und die linken Utopisten abgewählt werden. Aber die Garantie, dass diese Ankündigungen auch wirklich umgesetzt werden, die gibt es nur mit einer starken FPÖ.

**Die SPÖ fordert in ihrem Wahlkampf „Holen Sie sich, was Ihnen zusteht“...**

**Haimbuchner:** Über diese Ansage bin ich erschüttert. Denn die SPÖ ist seit Jahrzehnten in der Regierung, hat die Arbeiterkammer zur Gänze als heimliche Vorfeldorganisation zur Seite, ebenso wie die Gewerkschaften. Was hat die SPÖ bis jetzt daran gehindert, dafür zu sorgen, dass die Menschen haben, was ihnen zusteht? Das ist eine klassenkämpferische sozialistische Neiddebatte, die einer SPÖ eigentlich unwürdig ist.

**Was kommt nach dem 15. Oktober in der Bundespolitik?**

**Haimbuchner:** Ganz klar ist, dass wir uns für Koalitionsverhandlungen nicht missbrauchen lassen. Selbstverständlich  
m u s s



LH-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner



das Ziel der FPÖ eine Regierungsbeteiligung sein, denn nur so kann es Veränderungen geben. Weder ewig in Opposition noch ewig in der Regierung ist eine Option. Ziel jeder Partei muss es sein, zu regieren. Ich gehe davon aus, dass der jetzige Verteidigungsminister Doskozil neuer Vizekanzler wird, bevor er dann Landeshauptmann im Burgenland wird. Durchaus möglich ist auch, dass VP-Obmann Kurz eine Regierung gemeinsam mit den Grünen, der Liste Pilz und den Neos bildet. Kaum vorstellbar ist, dass die SPÖ aus eigener Kraft den ersten Platz ins Ziel bringen wird.

### Welche Ämter sollten bei einer FP-Regierungsbeteiligung von Ihrer Partei ausgeübt werden?

**Haimbuchner:** Das Thema Sicherheit ist eines unserer Kernthemen, die Menschen wissen, dass wir die richtigen Konzepte haben. Dieses Ressort ist uns auch besonders wichtig, daher wären es das Innen- oder das Landesverteidigungsministerium. Aber man soll

das Fell nicht verteilen, bevor der Bär nicht erlegt ist.

### Wie ist Ihre Haltung zu Schwarz-Blau als eine der wahrscheinlichen Konstellationsmöglichkeiten?

**Haimbuchner:** Die Vorbehalte der FPÖ gegenüber der ÖVP sind nach den Erfahrungen mit Wolfgang Schüssel groß. Und hinter Sebastian Kurz steht Wolfgang Schüssel, der mischt immer noch mit. Wir haben aus den Fehlern von damals gelernt und werden nicht um jeden Preis regieren. Wie in Oberösterreich braucht es auch in einer möglichen Regierungsbeteiligung im Bund eine klar erkennbare freiheitliche Handschrift, sonst wird es keine solche Beteiligung der FPÖ geben.

### In Umfragen lag die FPÖ in der Vergangenheit schon klar auf Platz

eins. Welches Ergebnis streben Sie an?

**Haimbuchner:** Wir treten natürlich an, um stärker zu werden. Die ÖVP hat zur Zeit einen gewissen Aufwind, aber die Stimmung für unsere Gesinnungsgemeinschaft ist gut. Wir gehen mit 20 Prozent als Ausgangslage in die Wahl. Ich rechne mit einem ordentli-



chen Zugewinn. Vielleicht täuschen sich aber auch die Meinungsforscher erneut und es gibt eine Überraschung am Wahlabend.



## Asylanten kosten mehr als 2 Milliarden Euro

Immer wieder seit dem Höhepunkt der Asylkrise 2015 betonte die rot-schwarze Bundesregierung, dass die verursachten Kosten das Budget nicht wesentlich belasten würden. Diesen Aussagen widerspricht nun eine neue Studie des Budgetdienstes des Parlaments, die aufgrund einer Anfrage des FPÖ-Nationalratsabgeordneten Mag. Roman Haider erstellt wurde.

Demnach stiegen die Kosten von 565 Millionen Euro im Jahr 2014 auf über zwei Milliarden Euro an, was einer Verdreifachung entspricht. Die geplante Budgetgrenze der Bundesregierung von 1,7 Milliarden Euro wird heuer also deutlich überschritten. Allein die Kostenexplosion bei der Mindestsicherung um mehr als das Doppelte seit 2015 zeigt deutlich die enorme Budgetbelastung.

Auch nach der Anerkennung eines Asylstatus dreht sich die Kostenspirale weiter. Laut der Studie beziehen 18.000 oder 63,6 Prozent der beim Arbeitsmarktservice gemeldeten Asylberechtigten eine

Mindestsicherung. Allein die Kosten für die Asylkrise erhöhten das Budgetdefizit um 0,5 Prozent. „Die alarmierenden Zahlen des Budgetdienstes zeigen einmal mehr, wie notwendig es ist, eine Reform des Sozialsystems im Zusammenhang mit Asylerwerb und Asylanten durchzuführen. Ohne Reformen ist es schlichtweg nicht möglich, unseren Sozialstaat aufrecht zu erhalten“, kommentierte FPÖ-Landesparteiobmann Manfred Haimbuchner die Ergebnisse der Studie. „Nicht umsonst haben wir in Oberösterreich eine Reform der Mindestsicherung

durchgeführt und damit in Österreich eine Vorreiterrolle eingenommen.

Die jüngsten Zahlen zeigen deutlich, dass auch andere Bundesländer und der Bund selbst dringend die Kosten mit Reformen in den Griff bekommen müssen. Öster-

reichs Attraktivität als Zielland für Asylwerber muss dringend gesenkt werden. Damit sichern wir

nicht nur unser Sozialsystem sondern auch den sozialen Frieden in unserer Heimat.“



# Die Spitzenkandidaten in den Wahlkreisen



## Philipp Schrangl ist Spitzenkandidat für Linz und Umgebung

Mag. Philipp Schrangl (Jg. 1985), ist seit dem Jahr 2013 Nationalratsabgeordneter und war als oberösterreichischer Vertreter im Innenausschuss tätig. Seine Themenschwerpunkte sind: Justiz, Sicherheit und Bauen. „Ich unterstütze die Forderung nach mehr Polizei in der Landeshauptstadt Linz. Bei regelmäßigen Besuchen in Linzer Polizeidienststellen ist fast überall die eklatante Personalknappheit festzustellen. Die Beamten selbst machen das Beste aus der Situation und lassen die Menschen nicht im Regen stehen, sondern opfern sich selbst auf. Daran sollte sich die Bundesregierung ein Vorbild nehmen. Um die Sicherheit unserer Bürger gewährleisten zu können, müssen künftig mehr finanzielle Mittel für die Ausbildung und Ausrüstung der Beamten zur Verfügung gestellt und zusätzliche Planstellen geschaffen werden!“



## Hermann Brückl auf Listenplatz 1 im Innviertel

Nationalrat Hermann Brückl (Jg. 1968) aus Andorf kandidiert auf dem ersten Listenplatz im Innviertel. Er nennt als Ziel für den Wahlkreis von derzeit gut 25 auf 27 oder 28 Prozent zuzulegen. Ein Anliegen ist dem Diplomrechtspfleger der Tourismus und dabei steht für ihn auch die Nichtraucherdebatte im Vordergrund: „Die Wirte sollen entscheiden, ob geraucht werden darf“, macht er die Thematik Raucherfreiheit auch zu einer Voraussetzung für allfällige Koalitionsverhandlungen nach der Wahl. „Wir müssen zudem alles daran setzen, um die hausärztliche Versorgung aus ihrer drohenden Schieflage zu holen“, so der Schärddinger freiheitliche Bezirksparteiobmann.

## FP-Verkehrssprecher DI Gerhard Deimek ist Spitzenkandidat im Traunviertel



Im Wahlkreis Traunviertel, zu dem Steyr und die Bezirke Steyr-Land, Kirchdorf und Gmunden gehören führt FP-Verkehrssprecher DI Gerhard Deimek (Jg. 1963) die Liste an. „Es ist für mich eine große Freude, den Wahlkreis Traunviertel, an vorderster freiheitlicher Stelle vertreten zu dürfen. Meine bisher erworbene Erfahrung im Hohen Haus möchte ich auch weiterhin dafür nutzen, um die Interessen der regionalen Bevölkerung in Wien zu vertreten“, so Deimek, der seit dem Jahr 2008 im Hohen Haus in Wien als Nationalrat tätig ist.



## Wahlkreis Mühl- viertel: Kitzmüller auf Platz Eins

Im Wahlkreis Mühlviertel tritt erneut Nationalrätin Anneliese Kitzmüller (Jg. 1959) aus Kirchschlag zur Wahl als Listenerste an. Kitzmüller ist seit dem Jahr 2008 Nationalrätin. Als Obfrau des Freiheitlichen Familienverbandes und Familiensprecherin des FPÖ-Parlamentsklubs sind ihr die Familienthemen ein Anliegen. Erfreut zeigt sich Kitzmüller darüber, dass in ihrem Wahlkreis unter den ersten fünf Listenplätze mit Rosa Ecker aus Saxen und Stefanie Hofmann aus Klaffer drei Frauen antreten. „Das zeigt, dass Politik im Mühlviertel schon längst nicht mehr nur Männersache ist.“



**Mindestsicherung:**

Klubobmann Ing. Herwig Mahr

## Überfremdung unseres Sozialstaates

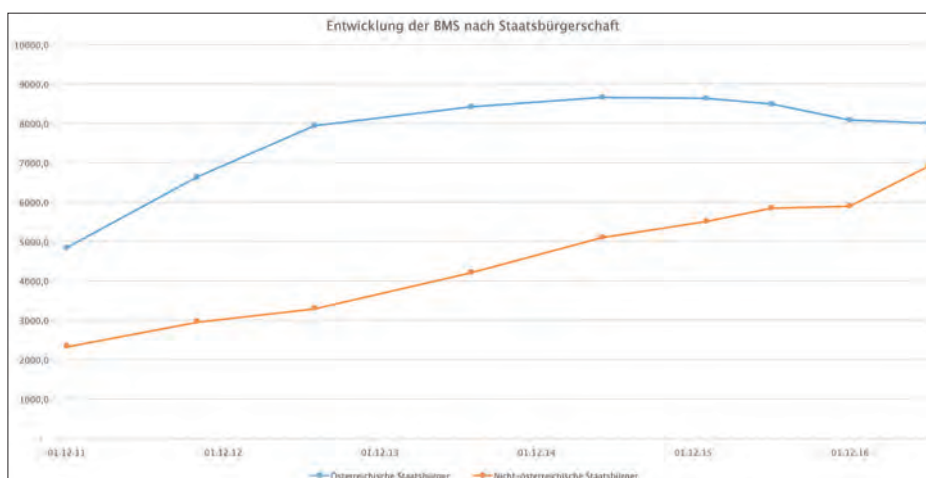
Für den Klubobmann der FPÖ OÖ, Ing. Herwig Mahr bestätigen die aktuellen Zahlen zur Entwicklung der Bedarfsorientierten Mindestsicherung (BMS) den Reformkurs der FPÖ. „Unser oberösterreichisches Sozialsystem ist mit immer größeren Herausforderungen konfrontiert, weitere Maßnahmen sind unausweichlich“, analysiert der FP-Klubobmann im Hinblick auf die Zugehörigkeit der Bezieher.

Seit Mitte 2015 wird die Anzahl der österreichischen Mindestsicherungsbezieher kontinuierlich weniger. Im Gegenzug schießen die Bezieher ohne österreichische Staatsbürgerschaft regelrecht in die Höhe (siehe Grafik). Alleine die Anzahl Asylberechtigter BMS-Bezieher ist im ersten Halbjahr 2017 um

mehr als 25 Prozent auf 4.718 gestiegen. „Wenn diese Entwicklung nicht aufgehalten wird, gibt es in Oberösterreich in wenigen Jahren mehr fremde als österreichische BMS-Bezieher“, so Mahr. Prognosen zufolge werden die Gesamtkosten oberösterreichweit heuer erstmals über 50 Millionen Euro betragen. Be-

trachtet man die Zahlen des ersten Halbjahres genauer, sticht eines besonders heraus. Im Durchschnitt ist die Gruppe der Asylberechtigten mit Monatsauszahlungen in Höhe von rund 728 Euro weiterhin die teuerste. „Mindestsicherungsbezieher mit österreichischer Staatsbürgerschaft kosten durchschnittlich rund 455 Euro im Monat – also 37,5 Prozent weniger. Das geht definitiv in die falsche Richtung“, nennt der FPÖ-Klubobmann prägnante Zahlen.

„Aber unsere Reformen zeigen bereits Wirkung“, verweist Mahr darauf, dass in diesem Jahr schon 643 mal die Mindestsicherung gekürzt wurde. Aus Freiheitlicher Sicht sind ungeachtet dessen jedoch weitere Maßnahmen nötig, um den steigenden Sozialausgaben entgegenzuwirken. „Und das auch in Bereichen, in denen Oberösterreich nicht unmittelbar mitmischen kann. Denn internationale Verpflichtungen – etwa die Europäische Menschenrechtskonvention oder die Genfer Flüchtlingskonvention – hindern uns an weiteren Reformen“, sieht Mahr die dringende Notwendigkeit, diese an die aktuellen Gegebenheiten anzupassen.





## Mit Fixzinskrediten sanieren

„Als Wohnbaureferent ist es mir ein Anliegen, einen Anreiz zu schaffen, dass private Wohnhäuser saniert werden“, so LH-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner.



**D**aher sind nun seitens des Landes Oberösterreich bei Sanierungen auch Fixzinskredite möglich. Die Förderung in Form von Annuitätenzuschüssen (Zuschüsse zu Tilgung und Zinsen) bleibt dabei unverändert.

„Wer sich für die Sanierung entscheidet, hat nunmehr mehr Planungssicherheit und attraktivere Darlehen zur Verfügung“, ist ein Ziel des freiheitlichen Wohnbaureferenten damit Ortskerne zu beleben. „Wollen wir einer Verödung der Ortskerne und einer weiteren Bodenversiegelung entgegenwirken, muss es Anreize geben, bestehende Strukturen zu revitalisieren.“ Eine Belebung der Ortskerne habe zudem u.a. auch positive Nebenefekte, etwa kürzere Wege zur Arbeit oder zu den öffentlichen Verkehrsmitteln. Zudem werde ein „Nährboden für kleinere Nahversorger und Unternehmen geschaffen.“



**Nationalpark Kalkalpen:**

©NPKalkalpen\_Mayrhofer

## Naturschutz in OÖ funktioniert

Die alten Buchenwälder im Nationalpark Kalkalpen wurden zum ersten Weltnaturerbe Oberösterreichs ernannt. Sie stehen somit in einer Liste mit dem Yellowstone Nationalpark oder den Galapagosinseln.

**D**iese Buchenwälder zeichnet ein uraltes Ökosystem aus. Sie sind einzigartig, weil sie Untersuchungen über ökologische Entwicklungen bis zurück zur Eiszeit zulassen und zugleich durch Wildheit und Schönheit beeindrucken.

Dieser Bereich im Nationalpark ist ein kleiner Rest dessen, was in früheren Jahrhunderten ganz Europa landschaftlich geprägt hat. Durch die Großflächigkeit und durch verschiedene Höhenlagen ist die Vielfalt innerhalb der Buchenwälder besonders groß und ursprünglich.

„Die Schaffung eines Nationalparks ist eine Sache, die Erhaltung und Bewirtschaftung eine andere. Durch gezielte Maßnahmen schützen und erhalten wir unsere artenreiche Natur, damit sich auch folgende Generationen daran erfreuen können und damit wir

ein ökologisch intaktes und vielfältiges ‚Hoamatland‘ bewahren“, zeigt sich Naturschutzreferent LH-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner stolz und erfreut über die Auszeichnung durch das Komitee.



Manfred Haimbuchner: Die Ernennung zum Weltnaturerbe bestätigt, dass der Naturschutz in OÖ funktioniert.



**FAIRNESS.**

**FREIHEIT.**

**FORTSCHRITT.**

Download unter:  
[www.fpoe-ooe.at/wirtschaftsprogramm/](http://www.fpoe-ooe.at/wirtschaftsprogramm/)

# Das FP-Wirtschaftsprogramm

*In den letzten zehn Jahren unter SPÖ-ÖVP hat sich wirtschaftlich in Österreich nichts bewegt. Es ist sogar schlimmer geworden. Mit dem neuen Programm will die FPÖ im Sinne der „Fairness“ gegenüber den Bürgern handeln: „Leistungsbereitschaft muss sich wieder lohnen.“ Kernpunkte sind die Forderung nach Entbürokratisierung, eine Steuerentlastung um mindestens 12 Mrd. Euro, eine Senkung der Lohnnebenkosten und eine Abschaffung des Kammern-„Mitgliedzwanges“.*

„Wir wollen Österreichs Wirtschaft – die von der Überholspur auf den Pannestreifen kam – wieder auf eine ‚doppelte Pole Position‘ bringen, national und international. Zwei wesentliche Grundlagen dafür sind nötig: Leistungsbereitschaft muss sich lohnen und es darf keine Umverteilung in ein gieriges Steuersystem zum Stopfen von Budgetlöchern geben. Derzeit gibt es eine Umverteilung von Leistungsträgern hin zu einer überbordenden rot-schwarzen Bürokratie“, so FP-Chef Heinz-Christian Strache. Absoluten Vorrang habe die Erreichung des Nulldefizits. „Man kann und darf nicht mehr ausgeben als man einnimmt“, fordert die FPÖ eine massive Steuersenkung um mindestens 12 Mrd. Euro. Laut der Berechnung von Wirtschaftsexperten gäbe es sogar ein Einsparungspotential um bis zu 16 Mrd. Euro. Dadurch soll die Steuerquote auf unter 40 Prozent des BIP gesenkt werden – der „Hauptbremsklotz“ der Wirtschaft seien „überbordende Steuern und Abgaben.“

## ■ Sozialen Frieden sichern:

„Fairness ist das Prinzip, das den sozialen Frieden sichert. Das heißt, der unternehmerische Erfolg muss bei allen Leistungsträgern ankommen. Leistung muss sich

wieder für alle, die arbeiten, lohnen“, kommt klare Kritik an der „hausgemachten Steuerlast“, die die Löhne im Jahr 2017 auf dem Niveau von 2003 liegen lassen. Ein klares Nein gibt es für jeglichen „Klassenkampf“: Nein zu einer Reichensteuer, Maschinensteuer oder Erbschaftssteuer. „Wir brauchen keine zusätzlichen Steuern, wir haben kein Einnahmen-, sondern ein Ausgabenproblem“, stellt Strache klar.

## ■ Reformen umsetzen:

Freiheit sei aus FP-Sicht etwa die Entbürokratisierung. Es sei Aufgabe des Staates für die Wirtschaft „die besten steuerlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen zu schaffen, damit Unternehmen ohne sinnlose Vorschriften und bürokratische Hürden eigenverantwortlich handeln können. Dazu gehört auch ein Ende des Mitgliedzwanges bei den Kammern und eine neue Gewerbeordnung.“ Um den „Fortschritt“ zu ermöglichen, seien überfällige Reformen umzusetzen, etwa im Bildungsbereich oder im Gesundheitsbereich. Ein „Gebot der Fairness“ sei im Sozialbereich eine Reform der Mindestsicherung: Anspruchsvoraussetzung für den Bezug soll die österreichische Staatsbürgerschaft sein,

„Leistungen unseres Sozialsystems dürfen keinen Zuwandereranreiz darstellen“, so Strache.

## ■ Mut zum Sparen:

FPÖ-Landesparteiobmann, LH-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner mahnt den Mut zum Sparen ein: „In anderen Ländern ist der Wille dazu vorhanden, warum soll Österreich das nicht auch können? Wir brauchen ein effizientes Kontrollsystem bei den Sozialausgaben. Bestes Negativbeispiel ist Wien, wo die Schulden steigen und die Mindestsicherung aus dem Ruder läuft.“ Nicht nur bei den Sozialversicherungsträgern sei viel Speck angesammelt worden, auch AK und Wirtschaftskammer säßen auf einem großen Vermögen – bezahlt von den Arbeitnehmern und den Unternehmern.

„Der Unternehmer muss wieder etwas zählen in diesem Land und der Arbeitnehmer muss von seinem Gehalt ordentlich leben können“, kritisiert Haimbuchner die hohe Abgabenbelastung von 43,2 % als unsozial. Überfällig sei daher die Senkung der Lohnnebenkosten. „Wir brauchen in Österreich einen Wertewandel, so dass Leistung wieder etwas zählt“, fordert Haimbuchner.

**Kindergarten:****Wieder  
Schweinefleisch?**

Im Jahr 2010 wurde in den städtischen Kindergärten in Wels die Verköstigung mit Schweinefleisch gestoppt. Begründet wurde dies einerseits mit religiösen Speisegeboten im Islam, andererseits mit dem Problem, dass ein zweites Menü aus organisatorischen Gründen nicht angeboten werden kann.

Dieser Argumentation kann nicht gefolgt werden. Zum einen gehört Schweinefleisch in Österreich zum üblichen Speiseplan und erfolgt die Geschmacksausbildung gerade im Kindergartenalter. Daraus resultiert, dass Schweine-

fleisch auch im Kindergarten fixer Bestandteil des Menüplans sein

muss. Zum anderen kann es nicht einseitig zu einer Bevorzugung einer religiösen Minderheit in den Kindergärten kommen. In Österreich leben wir in einem Land, in dem eine strenge Trennung von Religion und Staat besteht. Die Rücksichtnahme auf religiöse Vorschriften – egal welcher Religion – ist mit diesem Prinzip nicht vereinbar.

Dies könnte im Übrigen auch dazu führen, dass neben dem Islam auch andere Religionen – beispielsweise die jüdische, hinduistische etc. Glaubensgemeinschaft – die Berücksichtigung ihrer Speisegebote fordert. Auch andere Gruppen, wie zB überzeugte Vegetarier oder Veganer, könnten in der Folge die Einhaltung ihrer Speisegebote einmahnen. Dies würde zu einer unüberschaubaren und nicht organisierbaren Verkomplizierung des Menüplans führen. Wir arbeiten daran, diese Sonderregelung für den Islam wieder aufzuheben. Schweinefleisch wird daher zukünftig wieder ein fixer Bestandteil im Menüplan für Kindergärten sein.

**Radikal-islamisches  
Schulungszentrum verhindern**

Wie durch Medienberichte bekannt wurde, soll im Verborgenen eine Imam-Hatip-Schule in Linz betrieben werden. Mutmaßlich verantwortlich dafür soll der Verein „Austria Linz Islamische Föderation (Alif)“ sein. Ebendieser Verein soll unter anderem der islamistisch-nationalistischen Mili-Görüs Bewegung angehören.

Eine derartige Imam-Schule hat in Linz nichts verloren und ist unverzüglich zu schließen. „Linz darf kein 'Hotspot' der islamistischen Szene in Österreich werden. Da sind alle Parteien gefordert, einen roten Strich zu ziehen und all diese Aktivitäten mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu unterbinden,“ fordert FPÖ-Stadtvize Detlef Wimmer. „Wir müssen auch die Aufgabe und Rolle der ‚Integrationsförderung‘ neu definieren und die laufenden Aktivitäten und Ziele dieser Vereine genau durchleuchten. In bestimmten Fällen ist offenbar genau das Gegenteil von ‚Integration‘ der Fall!“

**■ Linz darf kein Islam-Hotspot werden**

„Sollte es tatsächlich dazu gekommen sein, dass die Räumlichkeiten des Vereins in der Lunzerstraße für die Ausbildung von Imamen genutzt wurden, so schert man sich dort scheinbar wenig um die geltende

österreichische Rechtsordnung. Das gegenständliche Gebäude liegt in einem Betriebsbaugelände und eine Nutzung als Schulungseinrichtung ist schon aufgrund der Flächenwidmung nicht möglich. Dies war den Verantwortlichen des Vereins auch bekannt“, erklärt der freiheitliche Infrastrukturstadtrat Markus Hein.

**■ Imam-Schule bekämpfen**

„Wir können in Linz und Oberösterreich gerne auf Zentren verzichten, die eine Ausbildung radikaler Islamisten billigen oder sogar fördern. Die Freiheitlichen werden einen Betrieb der Alif-Einrichtung als Schulungszentrum keinesfalls dulden und eine Imam-Hatip-Schule in Linz mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln bekämpfen“, bekräftigen Wimmer und Hein.



Vzbgm. Mag. Detlef Wimmer



*Die Wogen gingen kürzlich hoch, weil ein großer Discounter auf typisch griechischen Produkten auf Fotos das Kreuz als christliches Symbol entfernte. Es ist die Frage zu stellen: Wer kommt auf so eine Idee und welche Verantwortlichen stimmten der Umsetzung zu?*

*Konkret hatte Lidl mit Fotos von Santorin ohne Kreuze die Verpackungen bedrucken lassen. Im Netz und in den*

*nen wir es beim Namen: Es ist Anbiederung an fundamentale Muslime. Warum soll ein Muslim bei einem Feta-*

*käse, bei Tzatziki sich gegen den Kauf entscheiden, weil auf dem typisch griechischen Motiv ein Kreuz zu sehen ist?*

## Anbiederung oder vorauseilende Dummheit

*Medien hagelte es nach dem Bekanntwerden Proteststürme. Lidl rechtfertigte sich damit, sich zur „religiösen und politischen Neutralität“ verpflichtet zu fühlen. Das berichteten deutsche Medien. In Österreich hat sich der Konzern entschuldigt, die Verantwortung liege bei einem internationalen Team.*

*In Wahrheit ist es aber keinesfalls eine Neutralität, die hier als Ausrede vorgeschoben wird. Es wird mit diesem „Löschen“ weltanschaulich die Realität verändert. Faktum ist: Das Kreuz ist als Symbol unserer christlichen Religion vielen Menschen wichtig. Mit dem „Löschen“ kommt zum Ausdruck, dass das Kreuz in dieser Realität keinen Platz hat. Offenbar wollte man die religiösen Gefühle von muslimischen Kunden nicht verletzen. Es zählt ja jeder Kunde. Nen-*



*Muslime bei uns leben mit Kirchen und Kirchengeläut ebenso wie sie darauf achten, beim Einkauf keine Produkte mit Schweinefleisch in den Korb zu geben. Dieser „Respekt vor religiöser Vielfalt“ ist unserem Kulturraum absolut unverständlich. Fast könnte man vermuten, es sei vorauseilende Dummheit. Auch in Griechenland versteht man die Causa nicht. Laut Stellungnahme werden etwaige juristische Schritte geprüft. Eine Sprecherin auf der griechischen Insel meinte gegenüber der „WELT“: „Unsere Kulturgeschichte und unser kulturelles Erbe werden täglich durch unsere Monumente, unsere Religion und unsere Landschaft repräsentiert, und sie sollten in jedem Fall und von jedem respektiert werden.“ Die Rechtsabteilung leite falls nötig auch juristische Schritte ein.*



### Unsere Familien fördern und ihr Eigentum respektieren

Eigentum von Familien, das an kommende Generationen weitergegeben wird, darf nicht mit einer Erbschaftsteuer belastet werden. Zum Beispiel eine Wohnung beim Erben nochmals zu besteuern, für die schon viele Steuern beim Kauf und für die Erhaltung bezahlt wurden, ist unfair.

[www.fpoe.at](http://www.fpoe.at) [f/hcstrache](https://www.facebook.com/hcstrache)



**Österreicher verdienen FAIRNESS**

**Der rot-schwarze Speck muss weg**

## Verlängerte Straßenbahn wird angenommen

Zufrieden mit den Fahrgastzahlen der bis nach Traun verlängerten Straßenbahn ist Infrastruktur-Landesrat Mag. Günther Steinkellner. „Im ersten Halbjahr 2017 nutzten 3,4 Millionen Fahrgäste vom Hauptbahnhof bis zum Schloss Traun dieses Angebot.“ Für Steinkellner ein Beleg dafür, dass die Erweiterung in den Linzer Süd-Westen ein toller Erfolg ist.



LR Mag. Günther Steinkellner:  
Fahrgäste nutzen Angebot  
Foto: Land OÖ / Stinglmayr

Die stärkste Frequenz entlang der Linie weist die Plus City auf, gefolgt von Untergaumberg, Meixnerkreuzung, Trauner Kreuzung und Trauner Hauptplatz. „Die Hochrechnungen auf Basis der bisherigen Fahrgastzahlen lassen ein Potential von rund 6,5 Mio. Fahrten für das Jahr 2017 erwarten. Somit können die mittelfristigen Prognosen von 6 Mio. Fahrgästen jährlich, bereits frühzeitig übertroffen werden“, so Steinkellner.



## Wetterextreme fordern Feuerwehren auch in Zukunft

*Extreme Naturgewalten mit lokalen Unwetterereignissen stellen Oberösterreichs Feuerwehren vor enorme Herausforderungen.*

**A**llein im Juni und Juli des Vorjahres gab es an acht Tagen massive Verwüstungen von ganzen Ortschaften oder Teilen davon. 600 Einsätze und mehr pro Ereignis waren keine Seltenheit“, so der für Feuerwehren zuständige Landesrat Elmar Podgorschek.

Doch auch im Jahr 2017 waren unsere Feuerwehren durch die vielen heftigen Unwetterereignisse enorm gefordert. Verschiedenste Einsätze, wie umgestürzte Bäume, stromlose Ortschaften, abgedeckte Dächer, aber auch Überflutungen und Murenabgänge werden von unseren Feuerwehren nach solchen Wetterextremen ohne Wenn und Aber abgearbeitet – unentgeltlich und ehrenamtlich. „Diese nicht alltäglichen Unwetter-

einsätze werden zusätzlich zu den im „Feuerwehraltag“ abzuarbeitenden Einsätzen mit höchster Professionalität gemeistert“, dankt Podgorschek den Feuerwehren.

### 600 Einsätze pro Ereignis sind keine Seltenheit

„Die Feuerwehren werden sich leider auch in Zukunft keine Sorgen über mangelnde Arbeit machen müssen“, ist der FPÖ-Sicherheits-Landesrat davon überzeugt, dass auch in den kommenden Jahren immer wieder auftretende extreme Wetterverhältnisse mit den damit verbundenen Schäden vermutlich nicht verschonen werden.



LR Elmar Podgorschek



## Wels bietet „Junges Wohnen“ an

*Gute Nachrichten vor allem für junge Familien in Wels: In Kooperation mit der gemeinnützigen Genossenschaft WSG stellt die Stadt günstige Startwohnungen zur Verfügung.*

**D**erzeit sind rund 20 derartige Drei- raumwohnungen (inklusive Kinderzimmer) mit rund 70 bis 80 Quadratmetern ab dem 2. Obergeschoß in den Wohnanlagen Römerstraße und Dr. Arming-Straße verfügbar. In den ersten drei Jahren beträgt die Mietminderung 50 Prozent der Nettomiete ohne Betriebskosten. Die Gesamtmiete liegt

somit lediglich zwischen 450 und 520 Euro inklusive Betriebskosten. Nach drei Jahren ist dann der normale Mietzins zu bezahlen.

Bürgermeister Dr. Andreas Rabl: „Leistbarer Wohnraum ist ein wichtiger Bestandteil der Welser Neupositionierung und gerade für junge Familien mit Kindern

### Voraussetzungen für eine solche Startwohnung sind:

- Mindestalter: Volljährigkeit, Höchstalter: 35 Jahre
- Die Startwohnung wird Hauptwohnsitz und eigener Haushalt
- Die Wohnungswerber haben zuvor mindestens fünf Jahre in Wels gewohnt oder gearbeitet
- Österreichische oder EU-Staatsbürger

- gerschaft und ausreichende Deutschkenntnisse
- Begründeter Wohnungsbedarf
- Einkommen entspricht den oberösterreichischen Wohnbauförderungs-Richtlinien
- Familien mit Kindern werden bevorzugt



Bürgermeister Dr. Andreas Rabl und Vzbgm. Christa Raggl-Mühlberger  
Stadt Wels

von großer Bedeutung. Diese Förderung soll dazu beitragen, junge Familien in Wels zu halten.“

Wohnungsreferentin Vizebürgermeisterin Christa Raggl-Mühlberger: „Jungfamilien möchten oft einen eigenen Haushalt gründen, tun sich aber aus finanziellen Gründen schwer damit. Die neuen Startwohnungen sollen den jungen Welsern diesen Schritt in die Selbstständigkeit erleichtern. Das ist mir als zuständige Referentin ein besonderes Anliegen!“

Nähere Informationen gibt es im Wohnungsservice im Rathaus Wels (Stadtplatz 2, Erdgeschoß).



Oberösterreichs Feuerwehren leisten täglich einen unbezahlbaren Beitrag für die Sicherheit unserer Bevölkerung.

## Freiwillige Feuerwehren: Leistungen sind kein Selbstverständnis

*Fast täglich sind Verletzte zu retten, eine Unfallstelle zu räumen, ein Brand zu löschen oder Umweltschäden zu verhindern“, zeigt Sicherheits-Landesrat Elmar Podgorschek auf, dass nur zirka ein Zehntel der für Jedermann sichtbaren Arbeit der Feuerwehren im Einsatzdienst erfolgt. Die Einsatzfälle und noch viel mehr seien nur die nach außen sichtbaren Leistungen eines unermüden und ehrenamtlichen Systems, „das vermutlich weltweit seinesgleichen sucht.“*

**A**lleine im Jahr 2016 wurden insgesamt 6,38 Millionen Stunden freiwillig und ohne jegliche Bezahlung aufgewendet, um das System nachhaltig zu sichern und den Schutz der Bevölkerung aufrechtzuerhalten. Zu diesen Stunden zählen unter anderem die Jugend- und Nachwuchsarbeit, die Aus- und Weiterbildung, die Eigenmittelaufbringung, die Wartung, Instandhaltung und Verwaltung sowie die Abwicklung von Leistungsprüfungen und Bewerbungen.

„Es ist für die Menschen in Oberösterreich selbstverständlich, dass wir von un-

seren Feuerwehren jegliche ernsthafte Hilfe erhalten, wann immer wir diese benötigen – egal zu welcher Uhrzeit oder welcher Witterung und ganz egal, was uns passiert“, ist aus Sicht von Podgorschek die Frage zu stellen: „Ist diese Hilfe tatsächlich selbstverständlich?“

Podgorschek gibt auch gleich die Antwort dazu: „Eigentlich nicht! Sie ist es nur deshalb, weil die Mitglieder unserer Feuerwehren zu jeder Tages – und Nachtzeit ausrücken, um ihren Mitmenschen zu helfen. Und das, obwohl sie selbst am Morgen zur Arbeit fahren

müssen, oder sogar gerade arbeiten, aber dennoch in den Einsatz gehen können, oder sie einfach mal frei haben und eigentlich ihre Freizeit genießen könnten.“

„Unsere Freiwilligen Feuerwehren leisten hier einen unverzichtbaren Beitrag für die Sicherheit unserer Bevölkerung. Wir können uns in Oberösterreich sehr glücklich schätzen, ein so gut funktionierendes und ehrenamtliches Feuerwehrsystem zu haben“, dankt Podgorschek allen Feuerwehrmitgliedern für ihr unermüdetes Engagement.

# Für Österreich: Sozial und gerecht

*Bundesparteiobmann Heinz-Christian Strache betont im Gespräch: „Zweifelloos muss in Österreich viel getan werden, um unser Land wieder auf die Überholspur zu bringen.“ Für den FPÖ-Chef überraschend, dass sogar schon SPÖ und ÖVP auch zu diesem Ergebnis gekommen sind, „nach einer elfjährigen Nachdenkpause, die sie bisher als ‚Regieren‘ bezeichnet haben.“*

## Was muss sich nach Ansicht der FPÖ in unserem Land ändern?

**HC Strache:** Leistung und Einsatzbereitschaft müssen sich wieder lohnen. Derzeit werden die Leistungsträger nicht mehr anerkannt und gewürdigt. Wir haben in unserem Land viele fleißige Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die sich engagieren. Sie brauchen die richtigen und gerechten Rahmenbedingungen, um nicht auf der Strecke zu bleiben.

## Welche Maßnahmen und Reformen sind nötig? Was bedeutet das konkret?

**HC Strache:** Die Steuerbelastung ist derzeit enorm hoch, der Staatsapparat geradezu absurd aufgebläht. Und wir haben eine Überregulierung, die ihres gleichen sucht. Deshalb ist es nötig, ein faires und gerechtes System zu schaffen. Wir müssen unsere heimische Wirt-

schaft nachhaltig stärken, in dem die Interessen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern gleichermaßen berücksichtigt werden. Ihnen muss Gerechtigkeit widerfahren.

## Ist unser Sozialsystem noch aufrecht zu erhalten?

**HC Strache:** Wir haben eine Einwanderung in das Sozialsystem. Steuern wir nicht entgegen, droht der Kollaps. Nicht-Österreichern sollen Leistungen gekürzt werden, sondern wir brauchen Maßnahmen um die Einwanderung in das Sozialsystem zu unterbinden. Rot und Schwarz haben

unser gut funktionierendes System – beginnend mit der Öffnung des Arbeitsmarktes und zuletzt mit der Öffnung der Grenzen

für die Masseneinwanderung – an den Rand des Abgrunds gefahren. Die Explosion der Mindestsicherung ist ein großes Problem, verursacht von SPÖ und ÖVP. Denn mit der Masseneinwanderung aus Afghanistan, Syrien, dem Irak und halb Afrika kamen nicht Ingenieure, Ärzte und Wissenschaftler.

## Was gehört Ihrer Meinung nach geändert?

**HC Strache:** Die Mindestsicherung soll den Wiedereinstieg ins Arbeitsleben ermöglichen. Sie ist aber nicht dazu da, eine Völkerwanderung zu finanzieren. Bereits 50 Prozent der Bezieher sind Ausländer. Und SPÖ, ÖVP und Grüne wollen, dass Österreich weiter das Sozialamt der ganzen Welt ist. Im Vorjahr sind die horrenden Kosten auf knapp eine Milliarde Euro explodiert. Die Kosten werden von SPÖ und ÖVP auf die Österreicher abgewälzt. Menschen erhalten von Kern und Kurz den Lebensunterhalt finanziert, die bis dato keinen einzigen Cent in das System eingezahlt haben – und es auch in Zukunft nicht tun werden.

## Was macht Sie so sicher, dass diese Personengruppe nicht ins System einzahlen wird?

**HC Strache:** Auf Grund fehlender Bildung haben sie keine Chance auf einen Arbeitsplatz in Österreich.

## Sie plädieren für Gerechtigkeit. Gerechtigkeit für wen?



FPÖ-Bundesparteiobmann HC Strache



**HC Strache:** Ja. Denn das ist gegenüber jenen unzähligen Österreichern ungerecht, die ihr Leben lang hart gearbeitet haben. Die jetzt kaum mehr an Pension erhalten, als diese Einwanderer an Sozialleistungen. Diese Fehlentwicklung muss korrigiert werden. Kern und Kurz haben das von den Österreichern finanzierte Sozialsystem für Migranten aller Herren Länder geöffnet. Damit muss Schluss sein.

**Ihr Generalsekretär Herbert Kickl attestiert der SPÖ Panikreaktion. Warum?**

**HC Strache:** Die SPÖ rudert umher wie ein Ertrinkender. Denn es ist die Frage zu stellen: SPÖ-Kanzler Kern hat in seinem Wahlprogramm Versprechungen, wo seine Partei die letzten elf Jahre genau das Gegenteil umgesetzt hat.

**Da gab es aber schon tatkräftige Unterstützung durch die ÖVP im Parlament?**

**HC Strache:** Natürlich, beginnend bei der enormen Steuerlast auf Arbeitseinkommen, über die De-facto-Kürzungen bei Pensionen bis hin zur Rekordarbeitslosigkeit durch unkontrollierte Zuwanderung. Dafür tragen SPÖ und ÖVP gemeinsam die Verantwortung. Denn die SPÖ hat das alles gemeinsam mit der nun an Gedächtnisschwund befallenen ÖVP im Parlament beschlossen.

**Sie treten mit der FPÖ mit einem Wirtschaftsprogramm als Wahlprogramm an. Wieso?**

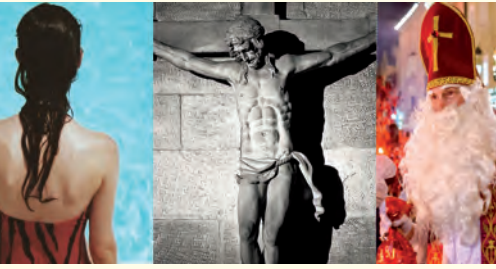
**HC Strache:** Bereits Konrad Adenauer hat gesagt: „Die beste Sozialpolitik ist eine gesunde Wirtschaftspolitik, die möglichst vielen Arbeit und Brot gibt.“ Uns geht es darum, dass die Österrei-

cher mit ihrem Einkommen wieder ein Auskommen finden. Sozialpolitik darf kein Umverteilungsprojekt sein, wo man allen etwas wegnimmt und dann einen Bruchteil davon zurückgibt. Wir wollen mit einer fairen Steuer- und Wirtschaftspolitik weg von dieser staatlichen Rundumversorgungs- und Bevormundungspolitik.

**Droht also das Aus von sozialpolitischen Maßnahmen?**

**HC Strache:** Nein, die muss es weiterhin geben. Aber dieses Gießkannen-Prinzip – für jeden ein bisschen was – muss ein Ende haben. Wir müssen denen helfen, die es wirklich nötig haben. Daher gehört das System vor allem in der Verwaltung effektiver gestaltet. Das beginnt etwa bei der Zusammenlegung der Sozialversicherungen.





### Unsere Kultur, Werte und Traditionen bewahren

Österreicher dürfen nicht zu Fremden im eigenen Land werden. Wer zu uns kommt, muss sich anpassen und integrieren oder wieder gehen. Alles andere ist gegenüber uns Österreichern unfair.

### Unseren Senioren einen Lebensabend in Würde ermöglichen



Pensionisten, die für Österreich lange Zeit enorme Leistungen erbracht haben, dürfen nicht weniger bekommen als Wirtschaftsflüchtlinge, die nichts für unser Land geleistet haben. Dazu kommen noch Luxuspensionen in staatsnahen Bereichen. Das ist unfair.

### Unsere Frauen und Kinder schützen

Österreich muss ein Land sein, in dem Frauen und Kinder vor Gewalt und Übergriffen im privaten und im öffentlichen Raum geschützt sind. Diesen Schutz muss der Staat sicherstellen. Die Menschen in dieser Frage sich selbst zu überlassen, ist unfair.

## Entbürokratisierung: Schlanke Vorschriften & effektive Verwaltung

*Eine Entbürokratisierung gibt es nunmehr in Oberösterreich. Hinkünftig sind Gemeinden nicht mehr Berufungsinstanz in Bauverfahren. Baubehörde erster Instanz bleibt der Bürgermeister, die zweite Instanz – der Gemeinderat – fällt weg. Wer eine Berufung einlegt, muss zur dritten Instanz, das Landesverwaltungsgericht.*

So sollen Bauwerber künftig rascher ihre Bewilligung erhalten. Damit sind die Verfahren in den Gemeinden mit zwei Stufen an jene des Landes angepasst. FPÖ-Landesparteiobmann LH-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner sieht darin auch eine Steigerung der Qualität, da die Spruchpraxis des Verwaltungsgerichts Klarheit in Baufragen bringen werde. „Oftmals meinen Gemeinderäte bei Berufungen, es sei eine politische Entscheidung. Es handelt sich aber um ein Behördenverfahren“, kündigt der Wohnbaureferent an, dass die notwendigen gesetzlichen Regelungen noch adaptiert werden müssen. Daher wird diese Maßnahme frühestens zu Neujahr in Kraft treten.

„Wer immer alles auf Punkt und Beistrich reglementiert, wirft sich nur selbst Prügel vor die Füße“, tritt Haimbuchner dafür ein, dass Vorschriften mit Augenmaß und Hausverstand erlassen werden und anwendbar sind. Unzählige parallel laufende Verfahren und ein unentwirrbares Dickicht aus Vorschriften müssen ein Ende haben. „Mit Transparenz und Effektivität soll Oberösterreich als attraktiver Lebensraum und Wirtschaftsstandort erhalten und ausgebaut werden.“

Auch beim Bau von Forststraßen soll im ersten Viertel 2018 eine Vereinfachung kommen. Das naturschutzrechtliche Verfahren entfällt im Wirtschaftswald, ein forstrechtliches reicht. Lediglich in heik-

len Berglagen werde es auch in Zukunft Naturschutzverfahren geben. Zudem werden die Vorschriften bei Bauten in Schutzzonen von Seen und Flüssen gelockert. „Unnötige Vorschriften punkto Wintergärten, Solaranlagen oder ähnlichem im Nahbereich von Seen, Flüssen und Bächen werden unter voller Beibehaltung des Naturschutzes zurückgenommen“, so der FPÖ-Naturschutzreferent.

„Ziel der Entbürokratisierung ist, die Vorschriften schlanker und die Verwaltung effektiver zu machen. Damit bleibt Oberösterreich leistungsfähig und wirtschaftlich attraktiv. Und die Bürger müssen sich nicht mit komplizierten und langen Verfahren herumschlagen“, so Haimbuchner.



LH-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner





Symbolbild für die geplante neue Donaubrücke  
Quelle: Asfinag

## Westring:

# Baustart endlich 2018

*Der Bau für den Linzer Westring (A 26) kann nach neun Jahren der Umweltverträglichkeitsprüfung im Herbst kommenden Jahres gestartet werden.*

Das Bundesverwaltungsgericht hat jetzt grünes Licht gegeben. Der Versuch, das Projekt unter dem Deckmantel des Naturschutzes zu verhindern, ist somit gescheitert. Waren zunächst brütende Wanderfalken die Sorge, brachten zuletzt im Juli Naturschützer ein Gutachten zu Bibern ein, die am Donauufer gesichtet worden seien.

das positive Erkenntnis des Bundesverwaltungsgerichtes ist Infrastrukturlandesrat Günther Steinkellner: „Mit dem Westring erhält Linz endlich eine zusätzliche Donauquerung. Das Projekt wird eindeutig zur Entlastung der Verkehrssituation in Linz beitragen und hat daher eine große Bedeutung für die Wirtschaft und unsere Bürger.“

## ■ Baubeginn für Brücke ab Herbst 2018

Im Oktober kann die europaweite Ausschreibung für die Brücke erfolgen, im Herbst 2018 soll mit dem Bau der Brücke begonnen werden. Die erste Etappe soll für den Verkehr voraussichtlich 2022 frei gegeben werden. Mit der A 26 entsteht eine leistungsfähige Straßenverbindung zwischen der A 7 Mühlkreisautobahn beim Knoten Hummelhof und der B 127 Rohrbacherstraße. Die Strecke ist rund 4,7 Kilometer lang, fast vier Kilometer verlaufen umwelt- und anrainerschonend unterirdisch im Tunnel. Erfreut über

## ■ Entlastung für Umwelt und Natur

Und FPÖ-Landeshauptmann-Stellvertreter Manfred Haimbuchner zeigt auf, dass die Realisierung des Projektes langfristig auch eine Entlastung für Umwelt und Natur mit sich bringen wird. „Letztlich muss man die Sache auch in ihrer Gesamtheit betrachten. Der Westring wird eine Verkehrs-entlastung und somit weniger Staus bringen. Ebenso stärkt der Westring als wichtiges Infrastrukturprojekt den Wirtschaftsstandort Oberösterreich. Als Naturschutzreferent stehe ich voll hinter der Entscheidung“, so Haimbuchner.

## Unsere Grenzen sichern

Egal, ob Völkerwanderung, Terrorismus, Menschenhandel oder militärische Gefahren: Grenzschutz ist Heimatschutz. Wer Tür und Tor öffnet und dafür Gesetze außer Kraft setzt, handelt verantwortungslos und unfair.



## Unsere Identität in der EU bewahren

Wer zahlt, schafft an. Das muss auch in der EU gelten, wo Österreich seit Jahren Nettozahler ist. Mit diesem Gewicht müssen wir unsere Position zum Schutz der eigenen Bevölkerung durchsetzen. Wer die Interessen Brüssels vor die österreichischen Bedürfnisse stellt, handelt unfair.

FREIHEITLICHES  
BILDUNGSWERK  
OBERÖSTERREICH

IH: Freiheitliches Bildungswerk in Oberösterreich, Blütenstraße 21/1, 4040 Linz Titel: „OÖ Informiert“ Redaktion: B. Thurner

# FPÖ möchte Österreichern wieder eine laute Stimme geben

„Es ist Zeit, endlich auf Österreich zu schauen“, kritisiert der dritte Nationalratspräsident Ing. Norbert Hofer die rot-schwarze Regierung. SPÖ und ÖVP haben es verabsäumt, die Probleme in diesem Land zu erkennen und rechtzeitig zu handeln.

**B**esonders der Wirtschaftsbereich habe laut Hofer sehr darunter gelitten: Im Jahr 2016 investierten Firmen aus Österreich mehr im Ausland, als ausländische Firmen in unserem Land. Österreich sei als Wirtschaftsstandort also nicht mehr attraktiv genug. Zu viel Bürokratie und viel zu hohe Abgaben seien der Grund dafür. „Und jetzt will Kanzler Kern auch noch eine Maschinensteuer einführen? Und das obwohl er behauptet, er kommt aus der Wirtschaft. Er kommt viel mehr aus der Misswirtschaft“, kritisierte der Dritte Nationalratspräsident. Auch der Kammerzwang sei für Hofer abzuschaffen, da dieser mittlerweile nicht mehr zeitgemäß sei.

Im Falle einer Regierungsbeteiligung möchte die FPÖ den Österreichern ihre Stimme wieder zurückgeben. Für Hofer sei das nur mit der Aufwertung der Di-

rekten Demokratie möglich. Als Beispiel nannte er dabei das Modell der Schweiz, bei dem die Bürger viel mehr im politischen Prozess eingebunden werden. Zudem müssten den Fehlentwicklungen im Asyl- und Integrationsbereich endlich entgegengewirkt werden.

Die EU habe ihr Versprechen, die Schengen-Außengrenzen zu sichern, gebrochen. Das sei im Zuge der Massenzuwanderung ersichtlich geworden. „Wir wollen nicht fremd sein im eigenen Land, denn das ist unsere Heimat. Und wir geben euch euer Österreich wieder zurück. Das ist unsere Heimat. Das ist das Versprechen, das wir euch geben können!“, stellte Hofer klar.



Dritter Nationalratspräsident Ing. Norbert Hofer



**Rot-Schwarz verhindern.  
Fairnesskrise beseitigen.  
Veränderung wählen.**

Österreicher verdienen  
**FAIRNESS**





LH-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner, Sicherheits-Landesrat Elmar Podgorschek

## **Kriminalität** wirksam bekämpfen

*Dramatisch ist der Anstieg der Kriminalität im Jahr 2016 in Oberösterreich. Vor allem im urbanen Raum – etwa in Linz, Wels und Steyr ist die Entwicklung besorgniserregend. Die Vorgänge am Linzer Hauptbahnhof sind nur ein Beispiel für das schwindende Sicherheitsgefühl in der Bevölkerung, so FPÖ-Landesparteiobermann LH-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner und Sicherheits-Landesrat Elmar Podgorschek. Als eine Maßnahme bei straffällig gewordenen Kindern unter 14 Jahren fordert Haimbuchner nach dem Vorbild Deutschland, diese in geschlossenen Erziehungsheimen unterzubringen.*

**V**erschärft wurde die Situation noch durch den unregelmäßigen und unkontrollierten Zuzug von Asylwerbern, die inzwischen einen erheblichen Teil der ausländischen Straftäter ausmachen (19,7 Prozent). Straftaten gegen die sexuelle Integrität wurden beispielsweise 2016 in OÖ 936 Fälle angezeigt. Davon wurden 239 (25,53 Prozent) von fremden Tatverdächtigen und davon wiederum 113 (12,07 Prozent) von Asylwerbern begangen. Im Vergleich zu 2015 entspricht dies einem Anstieg von 2,76 Prozent bei den fremden Tatverdächtigen und 6,88 Prozent bei den Asylwerbern.

Gleichzeitig muss auch offen angesprochen werden, dass der sehr hohe Anteil an ausländischen Straftätern deutlich zeigt, dass besondere Maßnahmen umgesetzt werden müssen. Auch in der Jugendkriminalität sind negative Entwicklungen erkennbar. Die verantwortliche Politik muss dringend gegensteuern. "Natürlich wollen wir diese heikle Materie in einem weiteren Schritt

mit Experten aus den Bereichen Strafrecht und Familienrecht, Pädagogik und Jugendpsychologie beraten. Bei Kindern und Jugendlichen ist immer besondere Sensibilität gefragt," konkretisiert Haimbuchner seine Forderung nach Heimunterbringung, die durch unterstützende Maßnahmen von Pädagogen und Jugendpsychologen begleitet werden soll. Diese Möglichkeit muss es in Extremfällen geben: Es sei durchaus eine Herabsetzung der Strafmündigkeit, die derzeit bei 14 Jahren liegt nötig, wenn es zum Beispiel gegen einen 13-jährigen Vergewaltiger keine gesetzliche Handhabe gibt. „Das Wahlalter wurde ja auch herabgesetzt“, sprechen sich Haimbuchner und Podgorschek für eine Änderung des Jugendstrafrechts aus.

### ■ Mehr Polizei nötig

„Ich habe größten Respekt vor den Leistungen unserer Polizei. Allerdings ist es auch an der Zeit, für eine sichere Zukunft vorzusorgen und der Polizei die nötige

Personalstärke zur Verfügung zu stellen. Gerade in Zeiten wie diesen darf an der Sicherheit unserer Bevölkerung nicht mehr gespart werden. Damit wir die Sicherheit in unserem Land weiterhin gewährleisten können, muss der Personalstand der Polizei in Oberösterreich schleunigst aufgestockt werden“, fordert Sicherheits-Landesrat Podgorschek. Mit jenen Polizisten, die derzeit in Ausbildung sind, könne man bestenfalls die Pensionierungen abdecken.

„Der Staat muss seine erste und wichtigste Aufgabe, die Sicherheit und Unversehrtheit seiner Bürger zu gewährleisten, wieder ernst nehmen. Die unangenehme Wahrheit, dass mit der illegalen Massenzuwanderung der letzten Jahre auch Kriminalität importiert wurde, darf kein Tabu sein. Wir müssen die hervorragende Arbeit unserer Polizei stärken und dem Sicherheitsapparat die Mittel geben, die er braucht, um der steigenden Kriminalität entgegenzuwirken“, betont Haimbuchner.







## Großer Andrang in Wels:

# Mit Islamisierung droht Verlust der Heimat

Mehr als 7.000 Besucher kamen im Rahmen der FPÖ-Fairness-Tour zur Veranstaltung in die blaue Hochburg Wels. „Geben wir gemeinsam bis zur Wahl alles, um die FPÖ möglichst stark ins Ziel zu bringen. Nur so können wir eine Fortsetzung von Rot-Schwarz verhindern“, so Bundesparteiohmann HC Strache. „Unser Ziel lautet: Herr im eigenen Haus zu bleiben. Unsere Heimat darf uns nicht gestohlen und geraubt werden. Damit wir nicht zur Minderheit im eigenen Land werden.“

„Ich will, dass wir unsere Heimat auch in zehn Jahren noch erkennen. Es ist unsere Pflicht, dass der Staat den Österreichern ein sicheres Leben ermöglicht. Warnungen der FPÖ hat man über zehn Jahre nicht ernst genommen.

Vieles wäre uns erspart geblieben - leider ist alles eingetreten“, nannte

FPÖ-Landesparteiohmann Dr. Manfred Haimbuchner

als Beispiele die unkontrollierte Massenzuwanderung, Parallelgesellschaften, unsichere öffentliche Plätze, die in der Dunkelheit von Frauen gemieden werden. „In welchem Land leben wir heute?“

### Österreich in „Fairness-Krise“

Österreich befinde sich in einer „Fairness-Krise“: „Wirtschaftsflüchtlingen und Asylanten, die niemals gearbeitet haben und nie ins Sozialsystem eingezahlt haben, wird von SPÖ, ÖVP und Grünen die Mindestsicherung hinterher geworfen. Pensionisten jedoch müssen mit 940 Euro im Durchschnitt auskommen. Die rot-schwarze Regierung hat versagt“, erneuerte Strache die Forderung nach einer Mindestpension von 1.200 Euro. „Viele, die zu uns nach Österreich gekommen sind - etwa Türken - haben die österreichische Staatsbürgerschaft, manche

sogar beide“, so Haimbuchner. „Doch ihre Herzen gehören nicht diesem Land, sondern schlagen für den Islam, ihre alte Heimat, für ihre Traditionen, für ihre Kulturen. Das können und wollen wir nicht weiter akzeptieren.“ Diese Problemfelder seien seit Jahren bekannt und wurden von uns aufgezeigt, aber „Kurz und Duzokozil tun nun so als ob sie den Stein der Weisen gefunden hätten.“

### „Holen Sie sich, was Ihnen zusteht“ - verantwortungslos, seicht und dumm

Die FPÖ habe seit Jahren problematische Entwicklungen aufgezeigt und Lösungen eingefordert. „Politisch gesehen waren wir bereits vor fünfzehn Jahren beim iPhone 8 während SPÖ und ÖVP noch auf der Suche auf dem Festnetzanschluss waren. Dafür haben wir keine SPIN-Doktoren wie einen Silberstein oder Gusenbauer gebraucht. Solche Personen holen sich das, was ihnen Kern zugesteht“, spart Haimbuchner nicht mit Kritik an SPÖ und ÖVP. „Ich kenne viele Menschen, die gerne arbeiten oder viel gearbeitet haben, die auch für den Aufbau dieser Republik gesorgt haben. Ich weiß nicht, ob diese fleißigen Säulen dieses Staates immer das bekommen, was ihnen zusteht, ob Arbeiter,

Landwirte oder auch Unternehmer.“ Den SPÖ-Slogan „Holen Sie sich, was Ihnen zusteht“ bezeichnete Haimbuchner als „verantwortungslos, seicht und dumm. Es ist ein Aufruf zum Klassenkampf, zum Neid. Aber offenbar meint man auch die illegalen Einwanderer. Die SPÖ hätte dafür sorgen müssen, dass die tüchtigen Menschen bekommen, was ihnen zusteht.“ Arbeit müsse entsprechend geschätzt werden.

### SPÖ und ÖVP nicht bereit die Grenzen zu schützen

Strache und Haimbuchner zeigten auf, dass weder SPÖ noch ÖVP bereit seien, die Grenzen zu schützen. Die EU sei nicht in der Lage, die Außengrenzen zu schützen, sei in der Flüchtlingskrise seit 2015 gescheitert, offenbar nicht gewillt, für Sicherheit zu sorgen. „Jeder Wirt wird mehr kontrolliert als die EU-Außengrenze. Wer EU-Außengrenzen nicht schützen will, der wird Christkindlmärkte beschützen müssen.“



Strache: „Man kann uns verzögern, aber auf Dauer nicht aufhalten!“

## Radikale Islamvereine in Wels unter strenger Beobachtung

In der Stadt Wels sind derzeit zwei Standorte von „Hinterhofmoscheen“ bekannt, die radikal-islamische Tendenzen aufweisen. Erstens der Verein „Sahwa“ in der Bahnhofstraße 42, der neben dem deutschen Hassprediger Pierre Vogel auch schon andere radikal-islamische Prediger eingeladen hat.

Zweitens der einschlägige Verein „Markaz“ in der Lindenstraße 22. Dort wurden in den vergangenen Wochen vermehrt Aktivitäten festgestellt und insbesondere auch Fahrzeuge mit französischen sowie belgischen Kennzeichen gesichtet.

In einem „WT1“-Interview hat der Welser Polizeidirektor Klaus Hübner vor Kurzem erklärt, dass in Wels potentielle islamistische Gefährder aufhältig sein könnten. Bei einem Gespräch mit dem Landespolizeidirektor Andreas Pilsil wurde zugesichert, dass der Verfassungsschutz die einschlägigen Welser Vereine unter Beobachtung hat. Zusätzlich wurde vereinbart, dass Verbindungsleute diese Vereine laufend beleuchten werden, um eine allfällige Gefährdungslage einzuschätzen.

„Radikal-islamische Vereine haben in Wels nichts verloren. Sollte von der Polizei eine Verfassungswidrigkeit festgestellt werden, sind die Vereinslokaltäten unverzüglich zu schließen“, erklärt FPÖ-Bürgermeister Andreas Rabl. FP-Vizebürgermeister Gerhard Kroiß ergänzt: „Die Zusammenarbeit mit der Polizei im Zusammenhang mit der Bekämpfung radikal-islamischer Aktivitäten in Wels funktioniert reibungslos. Zusätzlich wünschenswert wäre, den Verfassungsschutz von Linz wieder nach Wels zu verlegen, um eine ständige Vor-Ort-Beobachtung sicherzustellen.“



Norbert Hofer fordert Regierung auf, Posse um Polizeiwahlkampf zu beenden.

## Polizei unterstützen, Populismus beenden

SPÖ-Bundeskanzler Christian Kern schießt sich im Wahlkampf weiter auf ÖVP-Innenminister Wolfgang Sobotka ein und wirft ihm ein „schlechtes Management“ der Polizei vor. Stattdessen solle die Position von SPÖ-Verteidigungsminister Hans Peter Doskozil aufgewertet werden.

Der Dritte Präsident des Nationalrates, Norbert Hofer, warf der Regierung in diesem Zusammenhang eine „Wahlkampfposse“ vor. Sie soll sich stattdessen mit den tatsächlichen Notwendigkeiten im Polizeialltag auseinandersetzen, forderte Hofer. „Niemand weiß, wer nach der Wahl Innenminister sein wird und sich mit den offenen Fragen und den Verfehlungen der Vergangenheit zu beschäftigen hat. Ich stelle jedenfalls fest, dass es eine fehlende Wertschätzung gegenüber Exekutivbeamten an der Spitze des Staates gibt und dass es auch deshalb eine steigende Zahl von Austritten aus dem Polizeidienst gibt. Diese Kritik ist nicht an eine bestimmte Person gerichtet, sondern an die wechselnden Vertreter der Bundesregierung insgesamt“, so Hofer.



### Maßnahmen zur Stärkung der Polizei

Die FPÖ werde im Falle einer Regierungsbeteiligung eine Reihe von konkreten

Maßnahmen setzen, welche direkt der Stärkung der Polizei in Österreich dienen würden. So werde die FPÖ die Streichung der Vordienstzeiten rückgängig machen, denn es fänden sich immer weniger Berufsumsteiger, die zur Exekutive wechseln wollen. Grund dafür sei neben einem niedrigen Einstiegsgehalt vor allem die Tatsache, dass Ausbildung und Erfahrung aus der Zeit in der Privatwirtschaft infolge der Besoldungsreform 2015 nicht mehr angerechnet würden. Vor allem aber, so Hofer, brauche es ein neues Sicherheitspolizeigesetz und ein neues Exekutivdienstgesetz. Hofer warnt SPÖ und ÖVP zudem vor einer neuen Personallüge. Denn jedes Mal vor Wahlen würden – medial inszeniert und in ganz Österreich von Rednerpulten gesäuselt – zusätzliche Polizisten versprochen, die in der Realität und nach geschlagenen Wahlen selten auf den Dienststellen ankämen.



## Steyr: **Gescheiterte Integration** & Parallelwelten

Wiederholte Male gab es im Sommer in der Steyrer Altstadt schwere Randalen und laut Zeugen „straßenschlachtartige Zustände.“ Konkret in der Pfarrgasse, wo eine gewaltbereite Gruppe – Großteils Türken, Afghanen und Tschetschenen – gegen die Polizei los ging. Für den FPÖ-Stadtparteiobmann, Vizebürgermeister Dr. Helmut Zöttl, „sind diese Randalen und tätlichen Angriffe gegen die Exekutive auch ein Zeichen der missglückten Integration.“



Vzbgm Dr. Zöttl und LAbg. Kattnigg fordern regelmäßige Sicherheitskonferenzen: „Stadtpolitik und Blaulichtorganisationen sollen gemeinsam die aktuelle Sicherheit erörtern und wenn nötig, Maßnahmen erarbeiten und umsetzen.“

Zöttl erinnert daran, dass die Eisenstadt bis zum Jahr 1995 eine der sichersten Städte in Österreich war. „Immer mehr Vorfälle beweisen jedoch, dass wir auch in Steyr ein wachsendes, eklatantes Sicherheitsproblem haben,“ so der FP-Stadtpolitiker. Beim zweiten Vorfall im Sommer musste sogar das Einsatzkommando der Polizei gerufen werden, um die Ordnung wieder herzustellen. Die FPÖ

Steyr kritisiert in diesem Zusammenhang die chronische Unterbesetzung der Polizeiplanposten. Bereits im Dezember 2016 zeigte LAbg. Evelyn Kattnigg auf, „dass von den vorgesehenen 139 Planstellen zwölf Dienstposten im Stadtpolizeikommando Steyr nicht besetzt sind. Rechnet man Langzeitkrankenstände, Teilzeitposten und anstehende Pensionierungen dazu, gibt es in Steyr lediglich 109 Polizeibeamte. „In

Wahrheit sorgen 90 Beamte für die Sicherheit in der Stadt, denn neun der 109 Polizisten versehen ihren Dienst im Polizeianhaltezentrum, zehn Beamte sind bei der Kriminalpolizei.“

Für Zöttl und Kattnigg sind diese Randalen „auch negative Auswüchse der gescheiterten Willkommenskultur. In unserem Land haben sich bereits Parallelgesellschaften entwickelt, die offensichtlich verstärkt mit dem Faustrecht die Konfliktlösung anstreben und nicht davor zurückschrecken, aggressiv gegen die staatliche Obrigkeit – also die Polizei – vorzugehen. Es ist zu hoffen, dass die Inbetriebnahme der Überwachungskamera im Bereich der Pfarrgasse die Sicherheit in der Steyrer Altstadt wieder herstellt.“

## „Sichtbar sicherer“ auf gefährlichen Schulwegen und auch in der Freizeit

Auch heuer werden an Schulanfänger in Volksschulen in Oberösterreich 18.000 Warnwesten verteilt. Das Tragen einer Warnweste erhöht die Sichtbarkeit um ein Vielfaches, nicht nur am Schulweg, sondern auch in der Freizeit.

Mit den Warnwesten leisten wir einen wertvollen Beitrag zur Kinderunfallverhütung. „Die richtige Ausstattung und das notwendige Wissen um Gefahrenquellen sind dabei besonders wichtig“, so Familienreferent, LH-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner, der gemeinsam mit Infrastruktur-Landesrat Mag. Günther Steinkellner und Sicherheits-Landesrat Elmar Podgorschek und Kooperationspartnern diese Initiative auch heuer wieder umsetzt. „Wir hoffen, dass alle Schulkinder sicher zur Schule und nach Hause kommen“, so die drei FPÖ-Regierungsmitglieder.



LR Elmar Podgorschek, LH-Stv. Manfred Haimbuchner, LR Günther Steinkellner mit Kindern  
Quelle: Land OÖ/Kraml



**HC Strache**  
Spitzenkandidat

**M. Haimbuchner**  
Landeshauptmann-Stv.

# FAIRNESS-TOUR

## Samstag, 7. Oktober 2017

### Steyr · Stadtplatz

**08.45 Uhr:** Musik „Rauleder“

**09.30 Uhr:** Rede Manfred Haimbuchner und Rede HC Strache

---

### PlusCity · Palmenplatz, Pasching

**13.30 Uhr:** Musik „Die Schlagerbarone“

**14.00 Uhr:** Rede Manfred Haimbuchner und Rede HC Strache

---

### Vöcklabruck · Festzelt am Hallenbad-Parkplatz

**15.00 Uhr:** Musik „Rauleder“

**17.00 Uhr:** Rede Manfred Haimbuchner und Rede HC Strache

---

### Ried · Hauptplatz (Zelt)

**18.30 Uhr:** Musikverein Weilbach

**19.30 Uhr:** Rede M. Haimbuchner  
und Rede HC Strache

**POSTWURFSENDUNG**

im Sinne des Parteiengesetzes

Nationalratswahl 2017

17A041132 E



Österreichische Post AG

RM Wahlen 17A041132 E, 4040 Linz